

Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.)

## **Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 1999**

an der Universität St. Gallen

Prof. Dr. Dres. h.c. Herbert Giersch

## **Marktökonomik für die offene Gesellschaft**

St. Gallen, Juli 1999

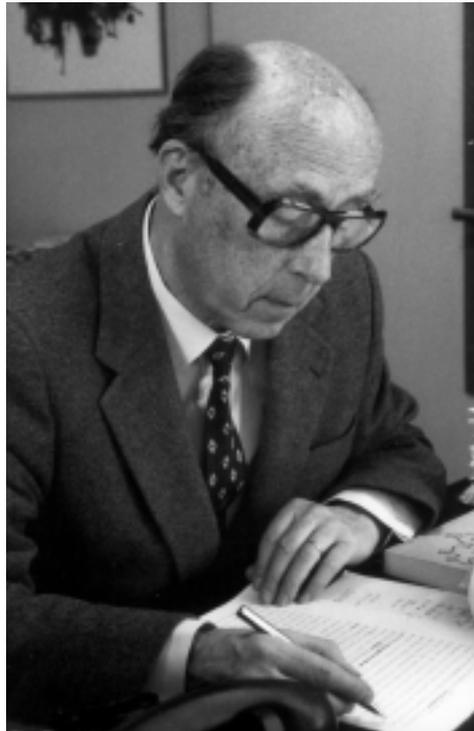
Herausgeberin: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie  
an der Universität St. Gallen  
Dufourstrasse 48, CH-9000 St. Gallen  
Tel. 224 23 00  
Fax 224 26 46

Auflage: 1000

Copyright: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie,  
Juli 1999

Druck: Difo-Druck OHG  
Laubanger 15, DE-96052 Bamberg

## **Walter Adolf Jöhr-Vorlesung** an der Universität St. Gallen



*Walter Adolf Jöhr*

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesungen finden seit 1988 in jährlichem Abstand an der Universität St. Gallen statt. Ins Leben gerufen wurde diese Vortragsreihe zu Ehren von Professor Dr. Walter Adolf Jöhr (1910 - 1987), der von 1937 an fünfzig Jahre lang an der Universität St. Gallen wirkte. Als Rektor nahm Professor Jöhr in den Jahren 1957 bis 1963 entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Universität. Die Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der HSG wurde von Professor Jöhr gegründet und massgeblich geprägt. Dem Wissenschaftler Walter Adolf Jöhr haben wir verschiedene bahnbrechende Publikationen aus dem Bereich der Volkswirtschaftslehre zu verdanken.



*Prof. Dr. Dres. h.c. Herbert Giersch*

# **Marktökonomik für die offene Gesellschaft**

I.	Vorrede: Dank an Jöhr	6
II.	Marktökonomik als Aufgabe	7
III.	Grundpostulate und Hypothesen	10
IV.	Preismechanismus und Marktversagen	12
V.	Beziehungsgeflechte und Beziehungskapitalismus	15
VI.	Evolutionäre Freiräume	19
VII.	Marktkrisen	25
	Krisenprävention	26
	Geld als Krisenpalliativum	29
VIII.	Aufklärung zur Krisenprävention	31
IX.	Koordination als Kernproblem	32
X.	Krisen als Herausforderung, Verstehen als Antwort	33
	Literaturverzeichnis	36

## I. Vorrede: Dank an Jöhr

Die Walter Adolf Jöhr-Vorlesung in St. Gallen halten zu dürfen, ist eine sichtbare Auszeichnung. Erkennen läßt dies schon die Namensliste der bisherigen Redner. Sie legt jedoch die Meßlatte der Wissenschaftlichkeit so hoch, daß ich im vorigen Jahr zögerte, die Last der Vor- und Nachbereitung auf mich zu nehmen. Zuletzt gaben gesundheitliche Gründe den Ausschlag. Aufgeschoben sollte jedoch nicht aufgehoben sein. Und noch vor der Jahrhundertwende wollte ich mich der Aufgabe unbedingt entledigen, weil meine Botschaft kaum eine Chance hat, den Ansprüchen der neuen Zeitrechnung zu genügen.

Walter Adolf Jöhr gebührt mein persönlicher Dank. Kaum aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, hörte ich von ihm (1947) erstmals einen Vortrag. Er fand statt an der Universität Münster, die noch in Schutt und Asche lag. Was Jöhr uns von jenseits der deutschen Grenzen – aus der heilen Welt der Schweiz – an Erkenntnissen zu vermitteln wußte, fand gespannte Aufmerksamkeit. Seine abwägende Art entsprach der Skepsis, die uns als Kriegsheimkehrer eigen war. Die Diktion zeugte von Schweizer Solidität und intellektueller Redlichkeit. So sehe ich ihn im Rückblick auch heute noch – ein halbes Jahrhundert danach.

Als mir nach unruhigen Wanderjahren ein Lehrstuhl (in Saarbrücken) zugefallen war (1955), lud mich Jöhr zu einem Symposium ein. Ich durfte referieren. Als Anerkennung dedizierte er mir ein Buch, das seitdem zum eisernen Bestand meiner Bücherei gehört. Bis heute hat es alle bibliothekarischen Reinigungsprozesse überstanden. Sein Titel: Jöhr/Singer „The Role of the Economist as Official Advisor“. Das Buch ist zwar erst 1955 erschienen, beruht aber auf einem Aufsatz, den Jöhr schon lange vorher publiziert hatte („Beurteilung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme“). Hans Singer hatte dazu im „Economic Journal“ eine inhaltsreiche Rezension verfaßt, und Austin Robinson, den ich wie Jöhr als Vertreter einer anwendbaren „political economy“ verehrte, hatte angeregt, Aufsatz und Rezension miteinander zu verzahnen und der angelsächsischen Öffentlichkeit als Buch zugänglich zu machen. Über Jahrzehnte hinweg hat mich diese Schrift dazu gemahnt, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens zu beobachten – wie ein geheimer oder offener Ratgeber.

## II. Marktökonomik als Aufgabe

Lassen Sie mich unter dem Titel „Marktökonomik als Aufgabe“ fünf Thesen an den Anfang stellen und knapp kommentieren.

**Erstens:** Die offene Gesellschaft verlangt den offenen Rat. Der geheime Rat, wie er noch im Währungssystem von Bretton Woods, etwa 1964 zu Beginn der Diskussion über die Aufwertung der D-Mark, unverzichtbar erschien, ist in der informierten Gesellschaft ein Unding. Der Zeitgeist kennt keine Geheimräte mehr.

**Zweitens:** Werturteile sind – in Fragen der Wirtschaftspolitik – unvermeidbar. In der offenen Diskussion wäre es ein Fehler, sie zu kaschieren. Man wird sie so oder so herausfinden. Also ist es besser, gleich offen Farbe zu bekennen und zu erklären, wo man im Spannungsfeld der Werte steht. Dazu ein Beispiel:

Es möge die Ordinate in nördlicher Richtung den Fortschrittsoptimismus markieren und nach Süden die pessimistische Weltsicht anzeigen; dann finden Sie meinen Standpunkt ziemlich weit oben. Ich stütze mich auf Popper, der einmal forderte: Optimismus ist Pflicht.

Auf der Abszisse steht für mich links die Präferenz für eine zentralistische Ordnung, in der die Leute sagen: Alles Gute kommt von oben; der Herr wird es schon richten; die Regierung muß endlich etwas tun.

Die Abszisse verweist rechts auf Dezentralisierung, also auf Individualismus und Selbstorganisation, auf Eigenverantwortlichkeit und Marktkoordination. Danach steht mir der Sinn, wenn ich mich als Marktökonom bezeichne.

Meinen persönlichen Standort dürfen Sie also im nordöstlichen Quadranten vermuten, heute noch weiter weg vom Koordinatenschnittpunkt als früher. Außer dem Markt ist mir auch der Fortschrittsoptimismus noch sympathischer geworden – aus Trotz auch gegen die Endzeitstimmung, die mir sonst gelegentlich entgegenschlägt.

Wenn der Wertestandpunkt offen markiert ist, kann auf sprachliche Scheinobjektivität verzichtet werden. Im Zweifel plädiere ich für Offenheit nach vorn wie nach draußen. Vor der Klammer stehen in meinem Wertesystem infolgedessen:

- ein klassisch-liberales Bekenntnis zu einer freiheitlichen Ordnung – und damit die Präferenz für einen langfristigen Zeithorizont,
- eine Perspektive, die individualistisch und zugleich global ist,
- ein Fortschrittsoptimismus, der an das Wachstum des Wissens gekoppelt ist, und
- die Bejahung des Wettbewerbs – als Triebkraft und als Prinzip der Selektion in einem evolutionären Prozeß, der sich in Wirtschaft und Kultur ähnlich abspielt, wie er in der Natur zum Ausdruck kommt.

Dies alles entspricht einem Bekenntnis zur offenen Gesellschaft.

**Drittens:** Das System der Selbstorganisation mit Märkten und Preisen verlangt zwar – wie Hayek dargelegt hat – von den Marktteilnehmern nur ein Mindestmaß an Wissen, weil die Preise alle wichtigen Informationen enthalten. Aber es kommt – so hoffen wir – zu weniger Fehlsteuerungen, wenn die Teilnehmer das Geschehen verstehen. Deshalb sollten sie über die möglichen Formen und Folgen eines temporären oder nachhaltigen Marktversagens informiert sein, vor allem eines Marktversagens durch Imitation (Herdentrieb), positive Rückkoppelung (Selbstansteckung) und panische Reaktionen. Aufklärung ist heilsam.<sup>1</sup>

**Viertens:** Wichtigste Mittler im Prozeß der marktwirtschaftlichen Aufklärung sind kompetente Ökonomen; sie müssen auf breiter Wissensbasis argumentieren können. Wir brauchen sie als

- Journalisten in den Medien – gleichsam auf der Bühne; als
- Redenschreiber und Referenten – sozusagen hinter den Kulissen, und zwar in Kammern und Verbänden, in Banken und Großunternehmen, in

---

<sup>1</sup>Walter Adolf Jöhr (1952) hat die psychologischen Verstärker des allgemeinen Konjunkturzyklus meisterlich ins Bewußtsein gehoben. Das hilft zum Verständnis von Anpassungsvorgängen. Verständnis durch Aufklärung tut auch sonst not, vor allem, wenn die Öffentlichkeit über die komplexe Natur der marktwirtschaftlichen Ordnung und über ihre Institutionen zu befinden hat. Die Gesellschaft braucht dann ein Grundverständnis davon, wie sich der Wirtschaftsverkehr von selbst regelt oder mit wenigen Hinweisen regeln läßt.

staatlichen Instanzen und in internationalen Organisationen; und nicht zuletzt brauchen wir sie als

- Verfasser lesbarer Forschungsberichte in wissenschaftlichen Instituten.<sup>2</sup>

**Fünftens:** Im Gegensatz zu früheren Auffassungen, die ich mit Jöhr (und Edgar Salin in Basel) kontrovers erörtert habe, erschließt sich mir jetzt der Methodenansatz des Verstehens. Anders als die Naturwissenschaftler haben wir ja zwar kaum Möglichkeiten, kontrollierte Experimente zu machen. Aber im Gegensatz zu imaginären Besuchern vom Mars, die – wie Naturwissenschaftler – nur beobachten können und darüber rätseln müssen, genießen wir den Vorteil, nicht nur Zuschauer zu sein, sondern auch Mitwirkende. Zumindest können wir Mitwirkende befragen und dabei herausfinden, was hinter den Kulissen passiert (ist) und was die Menschen bewegt (motiviert). Was man im strengen Sinne „erklären“ kann, weil es auf Gesetzmäßigkeiten beruht oder determiniert zu sein scheint (nachträglich so aussieht, als sei es determiniert), mag im Bereich der Ökonomik minimal sein, zudem raum- und zeitabhängig; aber es ist wenig nur im Vergleich zu dem, was wir nachvollziehen, reflektieren, überprüfen und in diesem Sinne verstehen können.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup>Hierzu einige Anmerkungen: Kompetente Kommentatoren des wechselhaften Geschehens erfüllen eine kontinuierliche Lehraufgabe. Sie erneuern in führenden Kreisen und in der Öffentlichkeit das marktwirtschaftliche Grundverständnis; sie tragen bei zum Erhalt einer Marktkultur; ohne sie mangelte es den Individuen an Leitlinien dafür, was langfristig rational ist, fehlte den Teilnehmern an komplexen Marktprozessen der Durchblick. Die Menschen möchten ja doch wissen, was sie hier und heute zu tun oder besser zu lassen haben. Da sollten sie nicht an Scharlatane geraten.

Eine journalistische Sprache, die das Komplexe farbig bebildert und das Weglassen des Unwesentlichen mit Sorgfalt besorgt, muß nicht von Schaden sein. Da kann man von Qualitäts-Journalisten stilistisch viel lernen. Immer wieder empfiehlt es sich für den Schreiber, an der Ausdrucksweise zu feilen und den Text zu vereinfachen, bis er sich punktgenau in eine andere Sprache übertragen läßt. Was schwer übersetzbar ist, hat oft in der Originalsprache noch nicht die treffendste Form gefunden. So ist die Substantivitis im Deutschen – mit dem schwachen Prädikat am Ende – für die Sprechenden verführerisch, aber für die Dolmetscher ein Handicap insofern, als sie das, was eigentlich geschieht oder zu tun ist, lange Zeit im Dunkeln läßt. Erst kurz vor dem Punkt – gleichsam am Ende des Tunnels – fällt Licht auf das, was zu glauben oder bezweifeln, zu tun oder lassen ist.

<sup>3</sup>Aus der Sicht des Naturwissenschaftlers ist es so viel oder so wenig, wie diese an Vorwissen hätten, wenn die Atome reden könnten. Im Dialog läßt sich das Gehörte ergänzen und auf seine Plausibilität hin testen. Rhetorik gewinnt, Mathematik verliert an Bedeutsamkeit. Die Kooperation mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen wird wichtiger als das Nachahmen der Physik auf der schmalen Grundlage „science is measurement“.

### III. Grundpostulate und Hypothesen

Wenn im Thema von Ökonomik die Rede ist, so handelt es sich nicht um die reale Welt, sondern um Aussagen über diese: also um Theoreme, Theorien, Doktrinen, Behauptungen, Schätzurteile. Und es sind im wesentlichen Tauschvorgänge, über die geredet wird; es ist das Geflecht der Beziehungen, das Hayek eine Katallaxie genannt wissen wollte.

Alles, was sich auf die reale Welt und das tatsächliche Geschehen bezieht, bleibt inhaltlich bestreitbar, falsifizierbar im Sinne Poppers. Manches von dem, was heute nicht zuzutreffen scheint, mag gleichwohl zu bewahren sich lohnen; schon morgen kann es den Zusammenhang erhellen. So sei Marktökonomik verstanden als „applied economics“, genauer: als anwendbare Ökonomik, lapidar als Gebrauchsökonomik.

Es gibt einige grundlegende Postulate, die stillschweigend als wahr gelten können – vorläufig. Man muß sie nicht jedes Mal ausdrücklich wiederholen. Wenn sie manchmal nur eingeschränkt gültig zu sein scheinen, muß man sie hinterfragen. Zu ihnen zählt aus meiner Sicht:

- (i) das Sättigungsgesetz von Gossen. Formuliert als These von der abnehmenden Grenzrate der Substitution beim Verbrauch, impliziert es ein abwägendes Verhalten bei der Konsumwahl wie auch das zweite Gossen'sche Gesetz. Doch prognostiziert es keine allgemeine Verbrauchssättigung. Denn wir leben, und das ist der Punkt, in einer Welt mit ständigen Produktinnovationen, einschließlich medizinischer Fortschritte. Für wahr gehalten werden soll in ähnlicher Weise
- (ii) das Ertragsgesetz, also die These vom abnehmenden Grenzertrag eines Faktors in der Produktion. Indem es behauptet, daß bei gegebener Technik die Bäume nicht in den Himmel wachsen, lenkt das Ertragsgesetz unsere Aufmerksamkeit auf die Rolle von Prozeßinnovationen. Bedeutsam ist
- (iii) die Behauptung, daß unter dem Rationalisierungsdruck des Wettbewerbs die relativen Faktorpreise in der Produktion einen nachhaltigen Einfluß ausüben – sei es auf die optimale Faktorkombination, sei es auf die Art des (induzierten) technischen Fortschritts. Denkbar ist also eine lohnbedingte Arbeitslosigkeit ebenso wie ein Kapitalmangel, der auf künstlich gedrückte Zinsen zurückgeht. Für wichtig halte ich

- 
- (iv) das Theorem der komparativen Kosten, weil es – mehr noch als die internationale – die interpersonelle Arbeitsteilung erklärt, auch die Arbeitsteilung in der Wissensproduktion. Was den Bedarf an Wissen anlangt, so stehe ich zu der These, daß
  - (v) unser Wissensdurst (im Gegensatz zu unserem Wissen) unbegrenzt ist, Gossens Sättigungsthese also hier nicht gilt. Plausibel ist zudem
  - (vi) die Hypothese, daß Rivalität und Wettbewerb in der Gesellschaft – wie in der belebten Natur überhaupt – direkt und indirekt zur Wirkung gelangen. Sie sind zwar geeignet, die individuelle Freiheit, die Selbstgefälligkeit und die Raffgier zu begrenzen, aber wichtiger ist, daß sie zum Aufdecken von Chancen und zum Entfalten von Talenten anspornen. Zudem halte ich es für gegeben, daß es
  - (vii) im zivilvertraglichen Geschehen nicht auf die Motive des Handelns ankommt, sondern auf die Folgen. Man sieht dies vor allem daran, daß der Wettbewerb auf der einen Marktseite – ganz unabsichtlich – der anderen Marktseite Vorteile bringt. Evident ist sodann
  - (viii) die Hayek-These, daß der Wettbewerb – mit „trial and error“ – in einer progressiven Ordnung der Freiheit sich als Entdeckungsverfahren erweist, also Triebkraft ist für Lernvorgänge vielfacher Art. Es gilt für mich ferner
  - (ix) die Erkenntnis, daß in der realen Welt jeder Anpassungsvorgang – wegen vertraglicher Bindungen, die in die Zukunft hineinreichen – ein zeitraubender Prozeß ist mit der Folge, daß wir die Elastizitäten von Angebot und Nachfrage als eine Funktion der Zeit zu begreifen haben. Überzeugend erscheint mir schließlich
  - (x) die Vermutung, daß sich im Marktprozeß mit der Zeit Regeln der Anständigkeit und Lauterkeit herausbilden. Sie entstehen und bewähren sich, weil sie dazu taugen, Transaktionskosten einzusparen. Umgekehrt besteht immer der Verdacht, daß Macht korrumpiert – das Gewaltmonopol des Staates ebenso wie das Marktmonopol nach Megafusionen. Diese Macht aber steht auf schwachen Füßen, weil sie bei offenen Märkten einem Wettbewerb der Institutionen ebenso wie der Innovationen ausgesetzt ist.

Die Ökonomik, die hier im Mittelpunkt steht, soll als Marktökonomik in der Sache zweierlei ausschließen:

- die Betriebswirtschaftslehre der Unternehmen und

- die Makroökonomik, soweit diese die Aggregation von Werten oder Mengen betreibt und darauf verzichtet, ein mikroökonomisches Fundament zu liefern.

Das Augenmerk richtet sich statt dessen auf die Koordinationsproblematik, das spontane Zusammenwirken der Einzelwirtschaften im Marktgeschehen. Es ist die Ökonomik der Verträge. Zu dieser rechnen wir einmal die Theorie des Preismechanismus und zum anderen die Theorie der relationalen Verträge, einschließlich der Vertretungsverträge zwischen Mandant und Agent.

#### **IV. Preismechanismus und Marktversagen**

Der Preismechanismus ist ein Regelwerk im Rahmen des Marktmechanismus. Von ihm erwarten wir die Koordination der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten, wenn die Verträge vollständig sind, vollständig in dem Sinne, daß nur der Preis als Koordinationsvariable zählt und als Informationsträger fungiert. Dann drängt das System zum Optimum, genauer: zum Pareto-Optimum. Doch zeigen sich bei genauerem Hinsehen systematische Mängel des reinen Preismechanismus. Zu diesen Mängeln gehören:

- Preise, die die Alternativkosten und Knappheiten nicht richtig signalisieren,
- Monopol- oder Oligopolsituationen, die eine Preisdifferenzierung erlauben,
- Verstöße gegen die Regel der Nicht-Diskriminierung und
- einseitige, unvorhergesehene Vertragsänderungen.

Positiv formuliert: Alles, was knapp ist, hat seinen Preis, einen Preis, der die Alternativkosten widerspiegelt; und dieser Preis muß für alle gelten – ohne Ansehen der Person. Was umsonst oder verbilligt zu haben oder zu nutzen ist, wird im Zweifel verschwendet; oder es verkommt – wie die Allmende oder die Umwelt. Und was von Dritten (Zaungästen, Freifahrern oder Nassauern) zum Preise Null genutzt werden kann, wird von privaten Anbietern als privates Gut nur in suboptimalem Umfang oder überhaupt nicht bereitgestellt. Wo sich Eigentums- und Vertragsrechte als derart unvollständig erweisen, muß man sie per Gesetz verbessern oder durch moralischen

---

Zwang ergänzen. Umgekehrt: Der Preismechanismus macht moralische Gefühle entbehrlich, spart sie ein für edlere Zwecke.

Viel Eindruck in der Diskussion über Marktversagen machte früher das Problem der Kollektivgüter, dargestellt am Beispiel der Leuchttürme. Da ging es, so die Behauptung, nicht ohne staatlichen Zwang. Doch bei genauerem Hinsehen war zu erkennen, wie sich ganz von selbst – oder mit geringer staatlicher Hilfe – freiwillige Anbieter- und Nutzervereine bilden. So ersetzt der Club den Staat, der Clubbeitrag den Abgabenzwang des Gebietsmonopols. Weil man aus dem Club austreten kann, ergibt sich die Chance des Anbieter-Wettbewerbs. Zugleich vermindert sich durch die Club-Lösung die allgemeine Gefahr einer verschwenderischen Überversorgung mit solchen Gütern, die – als öffentliche Güter – massiv begehrt sind, und zwar vorzugsweise von Wählern, die keine Steuerzahler sind – noch nicht oder nicht mehr. Mit anderen Worten: Güter, die massenhaft konsumiert werden, eignen sich – von anderen finanziert – hervorragend als Vehikel der Redistribution im politischen Prozeß.

Negative Externalitäten, die meist zu Umweltschäden führen, verlangen nur nach Pigou-Steuern, nicht aber nach einer Alternative zur Marktkoordination. Die Steuer bedeutet, daß der Staat sich zum Anbieter einer guten Umwelt erklärt oder Eigentumsrechte wahrnimmt, die sonst unberücksichtigt blieben. Ähnlich gelagert ist der Fall, der als „Tragödie der Allmende“ diskutiert wird – als „tragedy of the commons“. Weil die Allmende vielen – und damit keinem – gehört, wird sie übermäßig genutzt und – als erschöpfbare Ressource – ausgebeutet. Entweder muß man die Allmende parzellieren und privatisieren; oder es gilt eine staatliche oder überstaatliche Instanz zu finden, die als Quasi-Eigentümer handelt, so daß Nutzer, die keine Nutzerlizenz oder Eintrittskarte erworben haben, einen Platzverweis erhalten.

Umgekehrt liegt der Fall der meritorischen Güter. Deren Gebrauch möchten die Bürger gefördert sehen, z.B. die schulische Grundausbildung oder die Volksgesundheit oder das Gedeihen der Wissenschaften und Künste. Das Fördern kann hier leicht durch pekuniäre Subventionen geschehen. Und wenn man den Bürgern Gutscheine zuteilt (Bildungsgutscheine), können sich die Kultusbehörden ganz aus dem Betrieb heraushalten. Doch wo ist man schon bereit, das Angebot an Kulturleistungen dem Wettbewerb priva-

ter Institutionen zu überlassen? Anders gefragt: Was von dem, was sich Kultur nennt, ist wirklich förderungswürdig und warum?

Natürliche Monopole und Unteilbarkeiten werden immer wieder und oft zu Recht als Zeichen von Marktversagen angeprangert, aber es werden die Märkte ja doch immer weiträumiger und damit leichter bestreitbar – dank der Globalisierung und dank dem Fortschritt der Technik.

Theoretisch interessant sind diese Fälle von Marktversagen allemal. Aber man soll sie weder bagatellisieren noch als Systemfehler hochstilisieren. Für die Marktökonomik besteht wohl eine vordringliche Aufgabe darin, die einzelnen Fälle in ihrer Vielfalt taxonomisch zu ordnen – vergleichbar dem Schema der Marktformen. Dann wären die Fehlleistungen systematisch so zu analysieren, daß sich die komparativen Vor- und Nachteile der marktnahen Lösungen förmlich aufdrängen – im Vergleich zum Staatseingriff und zum möglichen Staatsversagen. Derart aufbereitet, werden sich die Schwächen des Marktes in der Öffentlichkeit verständnisvoll erörtern lassen, die grundsätzlichen Fragen freilich nur vor dem objektivierenden Vorhang der Ungewißheit über die persönliche Position. Dank der modernen Institutionen-Ökonomik (Richter und Furubotn 1999; Kasper und Streit 1998) ist man hier gewiß heute viel weiter als in der ordnungspolitischen Debatte am Ende der ersten Hälfte des ausgehenden Jahrhunderts, als das schlichte Postulat der Marktkonformität genügte. Und wir haben wohl heute auch eine verfeinerte Vorstellung davon, wo und wie gute Sitten und bewährte Regeln der Marktmoral den Mechanismus der Knappheitspreise ergänzen können.

Von „Ordoliberalismus“, „reiner Marktwirtschaft“ oder „reinem Kapitalismus“ sprechen wir in der Systemdiskussion, wenn es darum geht, den Preismechanismus zu vervollständigen und institutionell zu verbessern. Dazu gehört die Wettbewerbspolitik. Sie hat in diesem Rahmen die Aufgabe

- Monopole und Oligopole – durch Abbau von Kontrollen – der Preiskonkurrenz auszusetzen: der Konkurrenz von außen (durch Importe), von oben (in Form neuer Güter) oder von unten (durch Nachahmer und Aufholer). Speziell gilt es,
- die Preisdiskriminierung zu unterbinden, aber zugleich eine Preis- und Lohndifferenzierung zu ermöglichen, die die Knappheitsrelationen zum

Ausdruck bringt – in zeitlicher, räumlicher und qualitativer Hinsicht. Der staatliche Zwang erscheint auch nötig, um

- die Eigentumsordnung zu vervollständigen, die Haftung zu normieren und die Durchsetzung der Kauf- und Dienstverträge zu ermöglichen. Schließlich gehört es zur Wettbewerbspolitik,
- das Verbrauchen und Nutzen öffentlicher Güter zu rationieren, und zwar möglichst nur über Preise oder preisähnliche Abgaben (Gebühren).

Alles, was knapp ist, braucht seinen Preis, schon damit es für alle pekuniär reizvoll ist, die Knappheiten zu überwinden. Die Ökonomen wissen den Preis von allem – und den Wert von nichts – heißt es bei Oscar Wilde, richtig! Aber es sollte in der Tat auch möglichst alles seinen Preis haben, und zwar einen Preis, der für alle gilt. Die reine Marktwirtschaft setzt, indem sie die Preise so sehr ins Augenmerk nimmt, auf Anonymität und Nichtdiskriminierung. Der walrasianische Auktionator agiert mit verbundenen Augen.

## V. Beziehungsgeflechte und Beziehungskapitalismus

Im Unterschied zur „reinen“ Marktwirtschaft läßt sich ein Konzept der „sozialen“ Marktwirtschaft entwickeln, das die Aufgabe enthält, den Preismechanismus nicht nur zu verbessern, sondern bewußt zu ergänzen, und zwar durch den Sozialstaat. Mit Sozialstaat gemeint ist (i) eine Umverteilung der Einkommen, (ii) eine Zwangsversicherung der Unselbständigen und (iii) ein verbilligtes Angebot an öffentlichen und meritorischen Gütern. Nennen wir, so mein Vorschlag, diese soziale Marktwirtschaft immer noch neoliberal, vorausgesetzt daß der Sozialstaat als schlanker Staat hinreichend effizient ist und das System der pekuniären Marktanziehung nicht wesentlich beeinträchtigt.

Sozial kann außerdem bedeuten, daß es im Markt nicht nur auf den Preis ankommt, sondern auch auf gesellschaftliche Partizipation und auf persönliche Beziehungen. Preisdiskriminierung gehört dann zum System. Je dichter das Beziehungsgeflecht ist, je mehr man also voneinander weiß, um so mehr lassen sich Informations- und Transaktionskosten einsparen. Es geht dies aber auf Kosten der Anonymität, der Transparenz und der Marktbeziehungen mit Dritten. Man ist mehr unter sich, also stärker binnensorientiert; und man vernachlässigt – ähnlich wie in der Zollunion – den Austausch mit der

übrigen Welt. Freihandel und Meistbegünstigung oder Nicht-Diskriminierung gelten als fremdartiges „Manchestertum“. Wir nennen das System, das vom Beziehungsgeflecht getragen wird,

- statt neoliberaler Marktwirtschaft Soziale Marktwirtschaft (mit großem S),
- statt anonymer Marktallokation Beziehungs-Kapitalismus,
- statt Wettbewerbswirtschaft Kooperations-, Kartell-, Cliquen-, Klüngel- und Vetternwirtschaft, in Asien „crony capitalism“,
- statt Gesellschaftswirtschaft Gemeinschafts- oder Gemeinwirtschaft,
- statt Meistbegünstigungssystem Reziprozität,
- statt reinem Kapitalismus rheinischen Kapitalismus (Michel Albert).

In der Tendenz bedeutet dies – auf einer konkreten Ebene –

- mehr Regionalisierung oder Eurozentrismus (Festung Europa) statt Globalisierung,
- Konsensualismus statt offener Märkte,
- Meritokratie statt Demokratie und
- Banken-Betreuung statt anonymer Finanzierung und Kontrolle durch den Kapitalmarkt.

Historisch symbolisiert wird der rheinische Kapitalismus für mich durch Persönlichkeiten wie Adenauer oder Abs – im Kontrast zu Erhard, Eucken oder Hayek. Für Erhard war das, was er an Marktwirtschaft realisieren konnte, schon sozial genug. Müller-Armack, der in Münster und in Köln am Rhein lebte, ging bewußt weiter. Er engagierte sich für soziale Irenik, also für das Überbrücken der Unterschiede, nicht für das Ausfeilen der zur Wahl stehenden Alternativen.

Im rheinischen Kapitalismus werden pekuniäre Transaktionskosten eingespart. Denn:

- Man ergänzt unvollständige und informelle (implizite) Verträge nicht durch Richterrecht, sondern durch gegenseitiges Vertrauen im Kreise der „Insider“.
- Man regelt nicht alles, was wichtig ist, im Text, sondern überläßt manches dem guten Einvernehmen, manchmal hinter vorgehaltener Hand.

- Es korrigiert sich die Asymmetrie der Informationen durch vertrauliche Referenzen, manchmal durch persönliches Ansehen im Kreise bestimmter Vereinigungen.
- Es zählt außer dem Umfeld die Vorgeschichte, so daß es nach einem Fehlschlag für Existenzgründer kaum noch Chancen gibt für den zweiten oder dritten Versuch.
- Es spielen Bankkredite und Sicherheiten eine Schlüsselrolle bei der Finanzierung neuer Unternehmen.
- Man ist zurückhaltend, vielleicht sogar abweisend gegenüber Dritten und Zugereisten.
- Der Horizont ist eher provinziell – in der Zeit wie im Raum.
- Man orientiert sich am „Wir-Prinzip“ der multilateralen Reziprozität, das die freiwilligen Clubs begünstigt.
- Es haben Aufsteiger und Einzelgänger weniger Chancen als in der offenen Gesellschaft.
- Plakativ formuliert: Es regelt sich vieles per Handschlag. Dieser kompensiert den Mangel an Transparenz. In dieser Weise ersetzt – und ergänzt – der sichtbare Handschlag die „unsichtbare Hand“.

Es ist ein Hauch von Kommunitarismus, der den rheinischen Kapitalismus durchdringt. Der Gemeinnutz wird – verbal – dem Eigennutz vorangestellt. Es paßt dies nicht zum Individualismus der protestantischen Ethik. Das Konsensdenken, das sich derzeit auch im modischen Gebrauch des Wortes „gemeinsam“ äußert, hemmt wahrscheinlich den Fortschrittsdrang – in Europa wie in Japan. Der anglo-amerikanische Raum mit seinem „reinen“ Kapitalismus bleibt wohl schon aus diesem Grunde Favorit im technologischen Wettbewerb. Im Windschatten des Vor-Renners kommt man als Zweiter zwar ebenfalls ganz gut voran, vielleicht sogar etwas bequemer. Aber wenn die Unternehmen und Regionen – wie die Kraftfahrzeuge auf der Autobahn – aufgeholt haben und, um den eigenen Ambitionen zu genügen, auf die Überholspur wechseln müssen, kommt es auf Pionierverhalten an, nicht auf das Gleichmaß des Schritthaltes. Da sind Schumpeter-Unternehmer gefragt. Die brauchen Einzelgänger-Mut; und sie können in ihrem Vorwärtsdrang durch Konsensbindungen nur gehemmt werden. Zu ihnen paßt der reine Kapitalismus jenseits des Atlantik besser als der rheinische auf dem europäischen Kontinent. Insoweit werden wir mit einer zunehmend lebhaften Kommunitarismus-Diskussion demnächst auch in Europa zu rechnen haben.

Die Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens, bedingt durch das Sinken der Distanzkosten, begünstigt die Ferntransaktionen gegenüber den Nahbereichs-Transaktionen und die nüchterne Sprach- und Datenkommunikation gegenüber den gefühlsbeladenen Beziehungen der Optik und – wie die Amerikaner sagen – der Chemie. Auf diese Weise drängt die Globalisierung hin zum anonymen Preismechanismus und damit weg vom rheinischen Kapitalismus der reziproken Beziehungen. Für viele verliert die Welt an sozialer Wärme, an traditioneller Gemütlichkeit. Die Loreley wird überschattet vom Euroturm, von den Wolkenkratzern der Finanzzentren.<sup>4</sup>

Die Euro-Union (EMU) gibt dem Preismechanismus und damit dem reinen Kapitalismus Vortrieb. Denn die Einheitswährung macht die Angebotspreise vergleichbarer. Eigentlich sollte der Transparenzeffekt für Touristen und Einkäufer nicht sonderlich ins Gewicht fallen, auch nicht das Einsparen von Transaktionskosten bei Banken und Wechselstuben. Aber Autofahrer zeigen beim Tanken, daß man auf den Pfennig achtet, und Einzelhändler kalkulieren ihre Preise immer noch so, als habe der letzte Pfennig der vollen Mark im Käuferverhalten den entscheidenden Wert. Hinzu kommt, daß bei Geldwertstabilität, wie sie im Euroland herrschen soll, die Praxis der räumlichen Preisdifferenzierung augenfälliger wird. Ferner haben mit der Währungsunion Länder wie Italien und Spanien den Transparenz-Vorteil einer größeren geldpolitischen Stabilität und eines größeren Vergleichsraums fast im Nu erlangt. Schließlich herrscht innerhalb der Währungsunion eine Freizügigkeit des mobilen Kapitals, die so gut wie irreversibel ist. Denn kein Mitgliedsland kann bei einheitlichem Geld nationale Kapitalverkehrskontrollen einführen. Der gemeinsame Kapitalmarkt ergänzt so den gemeinsamen Markt für Güter und Dienste; und er verschärft den Wettbewerb um das international mobile Kapital, insbesondere den Wettbewerb der nationalen Arbeitsmärkte.

---

<sup>4</sup>Die Entpersonalisierung drängt überdies weg vom Feudalsystem der Herren und Knechte. Sie macht die Bauern zu Landwirten und zu selbständigen Unternehmern. Man kann natürlich – rheinaufwärts – gegen den Strom schwimmen, symbolisiert durch die Beliebtheit der Ökobauern und den Sex-Appeal der ökologischen Marktwirtschaft. Dies zeugt von der Vielfalt, die die marktwirtschaftliche Ordnung erlaubt. Aber man muß bedenken: Alles hat seinen Preis, auch dieses; und es sollte auch dieser Preis, wie jeder andere, so hoch oder so niedrig sein, wie es den Alternativkosten entspricht, bewertet durch die Schätzurteile der Anbieter über die Kosten und der Nachfrager über den Nutzen. Wenn alles transparent gemacht wird, mag auch das Vordringen des reinen und das Zurückdrängen des rheinischen Kapitalismus dem Selektionsprinzip des Marktes überlassen bleiben.

## VI. Evolutionäre Freiräume

Die wirtschaftspolitische Aufgabe wissenschaftlichen Bemühens umfaßt im Kern das, was die Ökonomik – im Dialog mit der Gesellschaft – für die Gesellschaft leisten kann. Bedeutsam sind zwei Teilfragen:

- (i) Was können Marktökonomien beitragen dazu, daß mehr Menschen die Möglichkeit erhalten und wahrnehmen, zu mehr Wohlstand zu gelangen? Hier geht es äußerlich um Reformen, in der Sache um Wohlstand durch Freiheit.<sup>5</sup>
- (ii) Was kann die Wissenschaft leisten dafür, daß Menschen intuitiv erfassen, was sie vorsorglich zum Bewahren des Wohlstandes tun oder unterlassen sollten? Hier geht es nicht um Fortschritt und Aufstieg, sondern um Sicherheit vor der Gefahr des Abstiegs. Konkret besteht die Aufgabe im Vermeiden, Eindämmen und Bewältigen von Krisen.

Fortschritt durch Freiheit ist das liberale Element, Krisenprävention das konservative. Freiheit steht als Ausdruck vor der Klammer, vor einer Klammer, die alle anderen Werte umschließt, darunter Sicherheit und Wohlstand. Freiheit brauchen die Menschen, wie wir sie kennen, um ihre Talente entfalten und nutzen zu können.

Davon haben leider viele Europäer in den ersten fünf Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht viel genießen dürfen – nicht genug. Die Zeit danach – von 1950 bis 1975, also das dritte Quartal des Jahrhunderts – war nach meinem Verständnis bestimmt durch den Wiederaufbau und das Entfalten einer relativ freien, multilateralen Weltwirtschaft. An diese Regeneration in Freiheit hatte man vor dem Kriege nicht (mehr) geglaubt.

Enttäuschend im Vergleich zum dritten Quartal verlief das vierte, insbesondere in Europa auf dem Kontinent. Hier hat man es versäumt, das Mehr an Chancen, das sich zeigte, rasch zu nutzen. Die neuen Chancen resultierten aus der Globalisierung zum einen und aus der Zunahme des Fortschritts der Technik zum anderen. Nur in den USA erscheint es gerechtfertigt, dieses

---

<sup>5</sup>„Aller Fortschritt der Menschheit vollzog sich stets in der Weise, daß eine kleine Minderheit von den Ideen und Gebräuchen der Mehrheit abzuweichen begann .... Wenn man der Mehrheit das Recht gibt, der Minderheit vorzuschreiben, was sie denken, lesen und tun soll, unterbindet man ... allen Fortschritt“ (L.v. Mises, Liberalismus (1927) S. 48).

vierte Quartal, wie es mir 1983 dünkte, als Zeitalter Schumpeters zu bezeichnen. Um die Verhältnisse in Europa auf dem Kontinent zu charakterisieren, kam mir als Wort etwas anderes in den Sinn: „Eurosclerose“ als Ausdruck für institutionelle Starrheiten und für Zwänge, die dem rheinischen Kapitalismus eigen sind.

Von den beiden Richtungen, in denen Marktökonomien Nützliches für die Gesellschaft leisten können, gebietet die eine das Aufdecken von Möglichkeiten für institutionelle Verbesserungen, die den Menschen mehr Optionen geben, mehr Wahlfreiheit bieten. Das Stichwort heißt „Marktöffnung“. Man denke an das Aufheben von Verboten und Handelsschranken, auch an das Senken überhöhter Transaktionskosten. Die Aktionsfelder sind: Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Wettbewerb. Offenkundig gibt es hier Grenzen und widerstrebende Kräfte, vor allem in Europa.

Strittig ist zunächst der Handel mit Gütern, Diensten und Rechten, die im Tabubereich liegen und die Menschenrechte berühren. Beispiele sind: Drogen, Schadstoffe und menschliche Organe. Strittig ist auch das Ergänzen der natürlichen Evolution – im Zusammenspiel von Mutation und Selektion – durch die Gentechnologie.

Andere Widerstände gegen die Liberalisierung sind protektionistischer Art. Wahlfreiheit und Fortschritt gefährden etablierte Positionen. Die Wahlfreiheit der anderen schafft Unsicherheit für die eigenen Besitzstände und Lebenschancen. Die Betroffenen finden ihre Anwälte. Selbsternannte Anwälte finden Betroffene. Die Betroffenen sind identifizierbar, melden sich von selbst, klagen und drohen den politischen Parteien mit Sympathieentzug. Im Einzelfall kann man gegen den demonstrierenden Protektionismus nur wenig ausrichten, nicht viel auch gegen das Lamentieren beim Subventionsabbau. Viele andere zählen ja ebenfalls zu den Betroffenen. Da hilft wohl nur der Rückgriff auf allgemeine Regeln und Prinzipien wie im Falle des Freihandels. Zum Glück ist die Freihandelsdoktrin unter Ökonomen kaum umstritten.

Der homo oeconomicus hat diese Doktrin weitgehend verinnerlicht. Er kennt ja fast nur das abstrakte Individuum, den anonymen Markt und den Interessenausgleich über den Preis. Er fragt nicht nach den persönlichen Eigenschaften des Vertragspartners. Den Unterschied zwischen dem Fernsten und dem Nächsten kennt er nicht. Anders der homo sociologicus; der

diskriminiert und differenziert, je nachdem wer die Gegenleistung erbringen will. Er sieht sich als Person, vor allem als Partner in einer nachhaltigen Geschäftsbeziehung. Ökonomen sind intuitiv Anhänger einer kosmopolitischen Moral; Soziologen dagegen beklagen den Ökonomismus, auch weil dieser das Individuum frei von persönlichen Beziehungen und Rollenpflichten sieht.

Die Freiheit zum Naturaltausch von Gütern und Leistungen gilt wohl von jeher als vitales Grundrecht. Vielleicht gehört es zu den Instinkten, die sich im Darwin'schen Prozeß der Evolution herausgebildet haben. Wir ließen es uns auch im Kriegsgefangenenlager nicht nehmen. Im Unterschied zu Kauf und Verkauf ist die Beziehung strikt bilateral und diskret: persönlich. Es herrscht reine Reziprozität – ähnlich wie im Treueverhältnis des reziproken Altruismus.

Bei Kauf und Verkauf dagegen ist Geld im Spiel, ein Tauschmittel, das von dritter Seite bereitgestellt wird. Das bringt Anonymität ins Geschehen. Das Geld macht das Kooperieren unpersönlich. Das Unpersönliche erleichtert den Verkehr, indem es die Elemente von Liebe und Haß auf ein Minimum reduziert. Das Geld drängt somit zum Preismechanismus, zur Marktwirtschaft pur.

Natürlich vereinfacht das Geld auch die anrühigen Geschäfte, die Dritten mißfallen, zum Beispiel den Drogenhandel, die Prostitution und die Korruption. Korruption gibt es zwar auch ohne Geld, nur ist sie mit Geld leichter vollziehbar. Der Ökonom wird deshalb das Übel nicht vordergründig im Gebrauch des Geldes sehen, sondern im Vorhandensein von Formen der Macht, die weder durch Konkurrenz noch durch Gegenmacht kontrolliert werden. Im Falle der Prostitution wird besonders deutlich, daß das Geld eine fragwürdige Beziehung zum Ausgleich und Abschluß bringt – ohne weitere Verpflichtung für die Zukunft. Beim Handel mit Drogen und Organen ist es vielleicht weniger der Austausch, der Anstoß erregt, als die Tatsache, daß durch das Geld Transaktionskosten eingespart werden und die Nachfrage deshalb stärker auf das Angebot zurückwirkt.

Marktfreiheit, die darauf abzielt, die Optionen zu vermehren, bedeutet zugleich Nicht-Diskriminierung, zumindest einen weiteren Schritt dahin. Sie involviert – im Idealfalle – Gerechtigkeit durch Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person. Marktfreiheit umfaßt zudem den leichten Zutritt zum

Markt – für alle, die unbescholten sind, ohne Hemmschwellen in Form der Zugehörigkeit zu einer Zunft, ohne Hürden in Form von Mindestpreisen oder Sozialstandards, die „Insider“ schützen. Korporatismus, Zunftwesen und Ständestaat stehen der Marktfreiheit entgegen; sie sind in der Defensive, wenn auch nicht passé.

Märkte entstehen spontan. Netzwerkvorteile, die mit zunehmender Größe wirksam werden, bedingen Anfangsschwierigkeiten. Diese lassen erwarten, daß Starthilfen gebraucht werden – staatliche, organisatorische und persönliche Macht. Danach zählt Stabilität. So wie sich Geld erst als Währung bewährt, wenn man ihm eine Ordnung gewährt, erfüllen Märkte ihre Funktion auf Dauer nur, wenn die Regeln, die sich herausbilden, durch Konventionen abgesichert oder durch hoheitliche Akte des staatlichen Gewaltmonopols normiert werden. Hierin liegt der Sinn und Zweck der Privatrechtsordnung.

Recht und Geld haben ähnliche Funktionen wie die Sprache. Es kann eine Zeichensprache spontan entstehen, auch eine Lautsprache; aber so richtig verständigen können sich Menschen nur, wenn die Worte und Schreibweisen, die Inhalte und Assoziationen so eindeutig festgelegt werden, daß sich ein Dissens in der Regel vermeiden läßt. Jede Sache und jedes Tun braucht ein unverwechselbares Wort, jedes Verfügen einen Kauf- oder Mietvertrag, jedes knappe Gut einen Preis. Der muß hoch genug sein, damit das Wertvolle nicht verschwendet wird. Der Sparsame weiß den Preis; der Nicht-Ökonom mag ihn ignorieren. Umweltschäden und Umweltprobleme aber zeugen davon, was die Ökologen zu beklagen haben, wenn die Ökonomen sich mit ihrer Präferenz für Preise in der offenen Gesellschaft nicht durchsetzen können.

Nun gibt es nicht nur Kauf und Verkauf oder Vermietung und Verpachtung, sondern auch Dienstverträge. In diesen wird nur die Arbeitszeit geregelt, das Fixieren der Agenda aber dem Dienstherrn (oder Prinzipal) überlassen. Der zahlt zeitabhängig als Lohn, was ihm das Grenzprodukt der Arbeit an Wert verspricht, abzüglich einer Prämie dafür, daß er das zeitabhängige Marktrisiko trägt. Je langfristiger der Dienstvertrag, um so höher das Risiko, sofern keine Kündigungsmöglichkeit vorgesehen ist. Mehr Selbständigkeit als der Diener hat der Agent. Er wird zeitabhängig oder erfolgsabhängig honoriert dafür, daß er einen klar umrissenen Auftrag erfüllt, als

---

Stellvertreter fungiert. Wieviel Zeit er dafür investiert, ist häufig seine Sache. Werkverträge machen den Auftragnehmer zum Selbständigen. Sind sie sachlich begrenzt und zeitlich gestreckt, degradieren sie den Auftragnehmer zum Abhängigen, den Selbständigen zum Scheinselbständigen.

Nicht alle Verträge sind vollständig, sofort umsetzbar und anonym. Was fehlt, muß die Zeit bringen, und jeder Zeitbedarf macht die Vertragsabsicherung zu einer persönlichen Beziehung. Es entstehen reziproke Verpflichtungen, die gegenseitiges Vertrauen bedingen und durch latente Drohungen abgesichert werden. Wo viel nachzuregeln ist, werden die Verträge „relational“. Man fragt nach dem Ansehen, das der Partner genießt, nach seiner Zuverlässigkeit bei der Vertragserfüllung, nach seiner Seßhaftigkeit, nach seinem Interesse an der Wiederholung des Vertrages, möglicherweise nach seiner Lebenserwartung und seinen Familienverhältnissen.

Vertretungsverträge zwischen Prinzipal und Agenten geben dem Beauftragten – dem Vertreter, Manager, Anwalt – mehr Spielraum als Dienstverträge, zumal wenn sie das Entgelt erfolgsabhängig machen. Anreize werden vereinbart. Das Relationale überwiegt. Unvollkommenheiten ergeben sich aus Formen des moralischen Risikos nach Vertragsabschluß (verstecktes Handeln, versteckte Informationen) und der adversen Selektion vor Vertragsabschluß. Auf längere Sicht zeigt sich, daß alles seinen Lohn hat: auch die Ehrlichkeit, die Vertragstreue, die Verlässlichkeit. Wegen dieses Lohnes, der oftmals steuerfrei ist, weil er nur in Aufstiegserwartungen besteht, sind viele Verträge Selbstläufer.

Wo Menschen in sittlich geregelter Freiheit friedlich zusammen leben, entsteht eine Kultur oder Zivilisation. Es waren in der Langfristbetrachtung nicht die Wenigen, sondern die Vielen, die letztlich die Maßstäbe setzten und die schöpferischen Kräfte zum Tragen brachten. Die Wenigen stehen in den Geschichtsbüchern; die Vielen prägen das, was man Atmosphäre nennt, was Klima heißt und manchmal den „Geist des Kapitalismus“ ausmacht. Die produktiven Vielen sind nicht die Einzelnen in Isolation oder in dörflicher Abgeschlossenheit. Vielmehr sind es die Teilnehmer am Markt der Ideen – im Gewimmel jener städtischen (bürgerlichen) Agglomerationen, die den geistigen Austausch erleichtern. Gemeint sind die Impulsgeber in der spontanen progressiven Ordnung. Deren Grundform ist das Symposium, das Seminar,

das Zusammentreffen von Kundigen aus unterschiedlichen Gebieten zum effizienten Austausch von Erfahrungen, Ideen und Vorhaben.

Die individuelle Freiheit verspricht Freiraum auch für das Durchsetzen von Innovationen. Der homo oeconomicus modernen Zuschnitts ist zugleich introvertiert als Bastler und Erfinder, originell als Gestalter und Künstler, mutig und tatkräftig als Gründer-Unternehmer, neugierig als Forscher und Wissenschaftler.

Was Nutzen verspricht, weil es gebraucht wird, wird von irgendwem irgendwann einmal erfunden. Das gilt für soziale wie für technische Erfindungen, also für Tausch und Geld ebenso wie für den Energieverbrauch, und es gilt für Sätze und Gesetze der Markt- und Geschäftsmoral wie für Fairneß im Straßenverkehr. Damit sich schlechte Sitten nicht so verfestigen, wie es in Mafia-Gebilden offensichtlich der Fall ist, muß man allerdings die gesellschaftlichen Gebilde offen halten – offen zum Auswandern, offen zum Import der konkurrierenden Güter und Ideen. Was sich in dieser Offenheit nicht bewährt, steht zur Disposition, wird auf längere Sicht verdrängt wie das schlechte Geld vom guten im System freier Wechselkurse.

So entwickelt sich auf die Dauer eine Kultur, die dem listenreichen Kurzfrist-Opportunisten nur wenig Chancen und nur selten Kredit gewährt. Es ist die Kultur der relationalen Verträge, der belohnten Ehrlichkeit, der Standesorganisationen, der Zunfttradition, der Meisterbriefe, des Korporatismus, der Kammern, der Schiedsstellen, der Clubs. Freilich verfestigt sich – wie angedeutet – auch die Kultur der Kartelle und Klüngel, der Cliques und Seilschaften, der Familien- und Vetternwirtschaft, der Kumpanei und der Korruption, der außermärklichen Netzwerke und Beziehungsgeflechte. Manches hat einen guten, manches einen schlechten Klang. Die Zuwendung zum Nächsten benachteiligt die Fernsten; das Wir-Prinzip orientiert sich an der geschlossenen Gesellschaft, der gemeinsame Binnenmarkt an der Idee, daß das Festland sich als Festung eignet.

Im rheinischen Kapitalismus ist man – selbst in den Niederlanden – noch nicht so nahe an der Küste zum Meer der offenen Gesellschaft. Diese Offenheit ist eher in Nordamerika zu bemerken, auch im kosmopolitisch orientierten Britannien. Zwar gibt es möglicherweise im anglo-amerikanischen Raum mehr private Marktbürokratie und viel mehr Bedarf an Rechtsanwälten, weil

dort die Verträge vollständiger sind. Auch verhalten sich die Anwälte aktiver auf der Suche nach Mandanten. Aber wegen der geographischen Mobilität im großen Raum und wegen der Tradition des Einwandererlandes ist man dort viel näher an der Globalisierung, näher im übrigen auch am Potential der Produktivität und näher nicht zuletzt an der Nichtdiskriminierung als Prinzip der offenen Gesellschaft und des puren Kapitalismus.

Es gibt für die Länder der Welt inzwischen einen Index der Wirtschaftsfreiheit (erstellt im Auftrag des Wall Street Journal und der Heritage Foundation (1999)). Er beruht auf 50 Kriterien, zusammengefaßt in 10 Kategorien. Diese betreffen die Handelspolitik, die Steuerlast, den Staatsinterventionismus, die Geldpolitik, den Kapitalverkehr, das Bankwesen, die Lohn- und Preisbildung, die Eigentumsrechte, die Regulierungsdichte und den Schwarzmarkt. Fast alles, was wirtschaftlich relevant ist, ist abgedeckt. Die Zahlen suggerieren eine positive Korrelation zwischen Freiheit und Wohlstand. Die Länder mit größerer Wirtschaftsfreiheit haben eine höhere Wachstumsrate. Sehr gute Noten zum Beispiel erhalten (i) in Asien (außer Hongkong und Singapur) Neuseeland und Taiwan, (ii) in Nordamerika die USA und (iii) in Europa die Schweiz, Britannien, Luxemburg und Irland. Deutschland hat auf dieser Weltrangliste nur noch Platz 25. Es rangiert hinter Finnland, Dänemark, Estland, Tschechien, Belgien und Österreich. Wichtig für Wachstum und Wohlstand ist demnach ein Staat, der schlank ist und der sich darauf konzentriert, Bürgern die Freiheit zu verbürgen.<sup>6</sup> Wo der Staat sich nicht anmaßt, machtvoll zu intervenieren, gibt es nur wenig Spielraum für Korruption. Und wo man nur mit Ehrlichkeit etwas werden kann, werden die Leute wohlhabend.

## VII. Marktkrisen

Neben dem Mehren von Optionen scheint mir, wie gesagt, als zweite Aufgabe, für die ein Marktökonom Kompetenz beanspruchen und mitverantwortlich Rat geben kann und sollte, das Verhüten und Eindämmen, das Überwinden oder Bewältigen von Krisen zu sein.

---

<sup>6</sup>Einen deutlichen Zusammenhang zwischen Freiheit und Wohlstand ergibt auch eine Untersuchung des kanadischen Fraser Instituts aus dem Jahre 1997, die auf einem „rating“ von 115 Ländern durch Experten beruht. Vgl. Horst Feldmann, Industrielle Freiheit als wirtschaftspolitisches Ziel (1999).

Mit Krisen meinen wir heikle oder labile Situationen, die die Gefahr eines Kippens zum Schlechteren in sich bergen und deshalb rasche Entschlüsse und entschiedenes Handeln für eine Wende erheischen (oder lohnend machen).

Es gibt – neben Ordnungskrisen – Ablaufskrisen, die an der Stabilität des marktwirtschaftlichen Prozesses zweifeln lassen. Dazu gehören u.a. Währungskrisen, Börsen-Crashes und Banken Krisen, Konjunkturrückschläge und Rezessionen; Stabilisierungs- und Schuldenkrisen, Liquiditätsfallen und Depressionen, Wachstums- und Strukturkrisen, Reinigungs- und Anpassungskrisen in Unternehmen, Branchen und Regionen, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungskrisen, Transformationskrisen und Systemzusammenbrüche.

### **Krisenprävention**

Der Ökonom als Beobachter muß wirksam warnen, ohne die Betroffenen unnötig zu erschrecken und so die Malaise zu verschlimmern. Zwischen Aktionismus und Nachlässigkeit ist oft nur ein schmales Zeitfenster. Gelassenheit wird ermöglicht durch (i) eiserne Reserven und durch die Chancen (ii) der Selbstheilung, (iii) der Selbsthilfe, (iv) der Solidarhilfe, (v) der gemeinsamen Aktion und (vi) des Wirkens automatischer Stabilisatoren. Diese Hinweise zielen auf Fälle von Marktversagen oder von Politik- und Staatsversagen. Bliebe die Ökonomik eine rechtzeitige Warnung, ein aufklärendes Wort oder einen guten Rat schuldig, wäre m.E. von Wissenschaftsversagen zu sprechen.

Wenn er durch das rechtzeitige Warnen und Handeln die Krise nicht verhüten konnte, gerät der Warner in den Verdacht, die Krise ausgelöst zu haben. Nimmt man es ihm noch ab, daß er Gutes wollte und tatsächlich bewirkt hat, so werden ihm doch nachträglich, wenn das Verhüten nicht ganz kostenlos war, nachteilige Konsequenzen zugerechnet. Von der Krise, die nicht stattfand, weiß man ja nichts, nimmt auch die Geschichte später keine Notiz.

Zwei Beispiele einer fehlgeschlagenen Krisenprävention sind mir autobiographisch präsent. Das eine Beispiel heißt wie das zweite Jahresgutachten des deutschen Sachverständigenrates aus dem Jahre 1965

„Stabilisierung ohne Stagnation“. Es betrifft den Vorschlag einer konkreten „Konzertierten Aktion“, der in dem Gutachten beschrieben ist.<sup>7</sup> Mehr als eine konkrete Warnung vor einer Rezession, wie sie 1966/67 eintrat, hat das Umsetzen in die Praxis nicht eingebracht. Das zweite Beispiel betrifft meinen Versuch im Jahre 1968, den Lohn-lag zu verkürzen, um eine spätere Lohnwelle zu vermeiden. Die Lohnwelle setzte 1969 vehement ein und fand danach 1974 ihren Höhepunkt in der Kluncker-Runde, die für mich wie eine „Revolte der Arbeit“ anmutete.

Von Belang für die Krisenprävention ist die Beobachtung, daß die Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit aktiver war als vorher, so daß die Rezessionen nach 1950 in ihrer Stärke zunächst abgenommen haben. Es wurden offenbar weniger Fehler gemacht. Etwas dazu beigetragen hat die Wirtschaftswissenschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit. Schon die Erwartung, daß sich der Staat antizyklisch verhalten werde – automatisch oder diskretionär – war geeignet, die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre vergessen zu machen, die Erwartungen zu stabilisieren und panische Reaktionen zu vermeiden. Freilich hat die Rezessionsprophylaxe der Nachkriegsjahrzehnte auch zur schleichenden Inflation beigetragen.

Von Politik- oder Staatsversagen wird man – von der Weltwirtschaftskrise abgesehen – in einer Reihe von Fällen sprechen müssen, in denen die Wissenschaft einschlägige Lektionen bereit hielt.

- Es versagt der Staat – wie derzeit in Rußland – wenn er beim Einführen einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht als erstes dafür sorgt, daß die Eigentumsrechte etabliert und geschützt werden – gegen Diebstahl, Erpressung und kalte Enteignung. Gerade der schwache (schlanke) Staat sollte sich – dem Theorem der komparativen Kosten folgend – auf das konzentrieren, was allein der Staat leisten kann: das Schaffen und Gewährleisten von Recht und Ordnung für den Marktverkehr.
- Regierungen und Zentralbanken sollten nicht mit Illusionen Politik machen – Versprechungen geben, die sie nicht halten können, und Er-

---

<sup>7</sup>Es ging darum, die Inflationserwartungen, die 1965 mit drei Prozent in die Tarifverträge und die Zinsen Eingang gefunden hatten, Schritt für Schritt, und zwar gleichmäßig, zu eliminieren, ohne die realen Relationen zu verzerren. Es sollte so sein, als hätte man die Lohn- und Kreditverträge im Blick auf die künftigen Inflationsraten, die niedriger sein würden, indexiert. Eine Gewinnkompression aus Lohndruck und Zunahme der realen Schuldenlast sollte vermieden werden.

wartungen nähren, die sie enttäuschen müssen. Zu denken ist an die Vollbeschäftigungsgarantie, die man Bundeskanzler Brandt Anfang der siebziger Jahre ins Konzept und Manuskript schrieb und die mich 1972 veranlaßte, zum Ärger von Schillers Nachfolger als Superminister, die „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos“ vorzuschlagen. Was mir Helmut Schmidt 1972 als Antwort gab, mag kurzfristig verständlich sein, ist aber langfristig nicht tragbar: „Ich bin gehalten, die nächsten Wahlen zu gewinnen“. Gerade Politiker, die staatsmännisches Format haben, sollten sich nicht der Versuchung aussetzen, kurzfristige Erfolge zu erstreben, die sie – ebenso wie die Bevölkerung – mit langfristigen Einbußen bezahlen müssen.

Zum Politikversagen rechnen muß man wohl auch ein ungeschicktes Agieren der Zentralbanken. Es kann ja, wie sich gezeigt hat, auch ein Abbremsen der Inflation gefährlich sein, wenn es nicht antizipiert wird. Da kommt es zu Verlusten, Absatzeinbußen und Produktionseinschränkungen, sobald die tatsächlichen Inflationsraten zurückbleiben hinter dem, was in kostenträchtigen Verträgen festgelegt wurde. Dies gilt vor allem für Tarifverträge. Man spricht dann von Stabilisierungskrisen.<sup>8</sup>

Krisenhaftes Marktversagen lautet die Diagnose, wenn die Eigentumsordnung nicht (mehr) akzeptiert wird, wenn auf den Märkten die negative Rückkoppelung aussetzt oder wenn sich die Erwartungen umkehren. So kann es sich ergeben,

- daß es zu Plünderungen kommt, weil man in Notlagen das Recht auf Eigentum für weniger wichtig hält als das Recht auf Existenz;
- daß plötzlich Alarm geschlagen wird, weil externe Effekte (Umweltschäden) sich kumulieren, nachdem versäumt wurde, private Eigentumsrechte zu etablieren (Ausbeutung von Gemeineigentum, Überfischen);
- daß private Güter überstürzt zu öffentlichen Gütern erklärt werden, weil es sich für private Eigentümer scheinbar immer weniger lohnt, Dritte auszuschließen;

---

<sup>8</sup>Abhilfe verspricht m.E. ein Währungssystem, das automatisch die Stabilität des Geldwertes zu verteidigen hat – zum Beispiel durch Einlösung des Geldes in wertgesicherte Anleihen im Inflationsfalle und durch Aufkauf wertgesicherter Anleihen im Falle einer Deflation. Der An- und Verkauf ähnelt dem Automatismus der Goldwährung. Er könnte dazu dienen, die Erwartungen der Zentralbank und des Publikums aufeinander abzustimmen.

- daß man sich im Interventionsstaat mehr und mehr auf staatliche Hilfe verläßt (moralisches Risiko);
- daß exogene Ereignisse (Schocks) irritierend wirken und aufschrecken lassen, d.h. zum Horten verleiten oder eine Flucht in die Sachwerte auslösen;
- daß sich gleichgerichtete Erwartungen überlagern und übersteigern (positive Rückkoppelung), bis sie kippen, so daß sich Wellen von Optimismus und Pessimismus wie Moden herausbilden.

Die Stichworte für krisenhaftes Marktversagen sind demnach Eigentumsdefekte und Eigentumsdelikte, Herdentrieb und Panikmache, Illusionen und Enttäuschungen, Irritationen und Fehlinformationen, verzögerte Anpassungen und Warten auf Staatshilfe.

Im Wachstumsprozeß gibt es zudem Krisen, die eine Reinigung bewirken. Eine Reinigung, die verzögert erfolgt und deshalb überstürzt ist, sollte man nicht mehr vermeiden wollen. Ökonomen dürfen sich jedoch fragen, warum sie auf einen Vorgang, der unvermeidlich ist, nicht rechtzeitig hingewiesen haben. Meine persönliche Antwort lautet: Es ist versucht worden, über Branchenverbände und mit Strukturprojektionen auf einen vorausgreifenden Strukturwandel hinzuwirken; das hat leider dem Institut für Weltwirtschaft und mir Anfang der siebziger Jahre kurzfristig einigen Ärger eingebracht. Auf den Vorwurf, Textilunternehmen erhielten nun kaum noch Bankkredite, konnten wir freilich gelassen antworten: Es ist doch der Zweck solcher Prognosen, vor Fehlentscheidungen zu warnen.

### **Geld als Krisenpalliativum**

Bis Anfang der siebziger Jahre dominierte in der anglo-amerikanischen Welt, die als führend gilt, die keynesianische Botschaft: Das Marktsystem sei instabil, es neige zu Konjunkturkrisen und müsse fiskalpolitisch gestützt und international überwacht werden.<sup>9</sup> Instabil seien vor allem die Kapitalmärkte, so daß die Wechselkurse möglichst fest und die internationalen Kapitalbewegungen möglichst kontrolliert bleiben sollten. Das sei gut für die Arbeitsteilung, vor allem im Bereich der handelbaren Industriegüter, und somit

---

<sup>9</sup>Was immer zum Keynesianismus methodologisch und wirtschaftspolitisch an Kritik vorzubringen ist, er hat der Ökonomik zu einer größeren Autonomie verholfen, zu einer größeren Unabhängigkeit vor allem von der Jurisprudenz.

wachstumsförderlich. Im Rückblick ergibt sich die Frage, warum es bis Anfang der 70er Jahre so flott voranging. Eine Rolle gespielt haben vermutlich, wie schon angedeutet, (i) der Aufbau und Aufholprozeß in Europa, (ii) die Handelsliberalisierung in der ersten Welt, (iii) Japans Aufholjagd, (iv) ein Wechselkursystem, das es der übrigen Welt erlaubte, sich auf dem amerikanischen Markt die Devisen zu verdienen, die man als internationale Liquidität brauchte, und (v) eine nachfrageorientierte aktive Konjunkturpolitik in den USA, speziell unter Kennedy, Johnson und auch unter Nixon, der – obgleich Republikaner – erklärte: „We are all Keynesians now!“ Interpretierbar ist dieser wirtschaftspolitische Keynesianismus als Folge eines preis- und einkommenspolitischen Rückstaus, der aus der Kriegswirtschaft resultierte: Man setzte auf Mengenkonzunktur statt Preisflexibilität. Galbraith sprach von einem „disequilibrium system“, Boulding von einer „high pressure economy“. Haberler unterschied zwischen einer Einkommenspolitik I und II. Die eine zielte auf Rückstau, die andere auf Deregulierung und Wettbewerb, also auf das, was wir oben Marktöffnung nannten. Der Rückstau hatte wohl zur Vorbedingung, daß Geldillusion vorhanden war, nutzbar gemacht werden konnte und sich regenerieren ließ. Das Nutzen von Geldillusion in Krisensituationen mochte geeignet sein, die Symptome zu mildern und beruhigend zu wirken; es konnte aber die Ursachen nicht beseitigen. Wie Alkohol hilft zusätzliche Liquidität ein Stimmungstief zu überwinden, langfristig macht diese Medizin aber nur süchtig.

Als das vierte Quartal des 20. Jahrhunderts begann, war die Geldillusion erschöpft, aufgebraucht, als Basis eines monetären Kurierens am Symptom unbrauchbar geworden. Es hatte sich die monetaristische Revolution vollzogen. Ihre Protagonisten behaupten: Das System der Märkte ist stabil, wenn man nur die Kräfte frei spielen läßt; staatliche Eingriffe irritieren und erhöhen die Transaktionskosten. Dem Wachstum zuträglich ist nur der Minimalstaat; die Zentralbanken sollten die Geldmenge mit konstanter Rate zunehmen lassen. Der internationale Kapitalmarkt sollte frei sein, die Kapitalmobilität nicht behindert werden. Kapitalverkehrskontrollen sind schädlich, weil sie den Wettbewerb der nationalen Wirtschaftssysteme und Standorte beeinträchtigen. Währungskrisen ergeben sich als Konsequenz von Wechselkursen, die falsch fixiert wurden oder falsch geworden sind und deshalb korrigiert oder freigegeben werden müssen. Oder es handelt sich um Reinigungsvorgänge, die notwendig sind, um Vetternwirtschaft, Korruption und andere Mängel des Beziehungskapitalismus aufzudecken und zu beseitigen. Man kann solchen

---

Krisen nicht mit der heimischen Notenpresse beikommen, allenfalls mit Auslandskrediten, die an tiefgreifende Bedingungen geknüpft sind.

## VIII. Aufklärung zur Krisenprävention

Je größer das Marktsystem ist, um so mehr Chancen gibt es dafür, daß sich die Hochs und Tiefs ausgleichen und „Stürme im Wasserglas“ ausbleiben oder schnell abflauen. Der Große Ozean heißt vielleicht nicht aus bloßem Zufall der „Stille“. Örtlich und regional kommt es sicher nach wie vor zu Überschwang und Panik, wenn die Menschen sich – wie in den Fußballstadien – begeistern lassen oder wenn sich auf Bestandsmärkten die Wertentwicklung von der Kosten- und Ertragssituation (normale Dividendenrendite, Realgewinne) löst und Seifenblasen (bubbles) entstehen. Die Appelle zum Maßhalten, die Ludwig Erhard als Wirtschaftspolitiker unermüdlich von sich gab, hatten vor diesem Hintergrund ganz sicher und allgemein einen stabilisierenden Effekt.

Jöhr hat in seiner Konjunkturtheorie die manisch-depressiven Übertreibungen in den Vordergrund gerückt. Gegen sie helfen Markttransparenz und Persönlichkeiten mit Durchblick, auch Statistiken, die die wahren Verhältnisse beschreiben. Da sind die Ökonomen gefordert. Fritz Baade, mein Vorvorgänger in der Leitung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, hat den bekannten Schweinezyklus aufklärend karikiert: Ist Schweinefleisch sehr teuer, im Preis sehr hoch, so lohnt sich die Schweineaufzucht, verlangt der Bauer vom Eber Überstunden; und wenn 18 Monate danach die Schweinepreise in den Keller purzeln, sucht man den Sündenbock im Außenhandel. Schuldig gesprochen wird dann die Importkonkurrenz. Aber in Wahrheit lag für Baade die Ursache im Herdentrieb uninformativer Bauern. Hierin sah er die Ursache des Marktversagens. Gegen sie zog er mit seiner witzigen Broschüre Anfang der dreißiger Jahre zu Felde. Mir hat sich das Pamphlet unvergeßlich eingeprägt als ein Meisterstück wirtschaftspolitischer Volksaufklärung.

## IX. Koordination als Kernproblem

Trotz der Hinwendung zur Marktökonomik haben wir in vielen Ländern Europas ein skandalöses Manko: viel zuviel Arbeitslosigkeit. Ein Teil davon mag konjunktureller Art sein. Man sieht ja, wieviele Arbeitsplätze die US-Wirtschaft im Zuge eines superlangen Aufschwungs schaffen konnte. Europa ist im Rückstand. Wenn es hier auf dem Kontinent nicht gelungen ist, Ähnliches zu erreichen, so mag man dies teilweise der deutschen Wiedervereinigung und dem geldpolitisch restriktiven Maastricht-Prozeß zu-rechnen. Aber das meiste geht wohl auf das Konto von Staatsversagen oder Marktversagen: Es leidet, um die Diagnose auf den Punkt zu bringen, der Arbeitsmarkt (i) am Sozialstaat mit seinem hochgespannten Sicherheitsnetz, (ii) am Tariftkartell, das die Arbeitslosen ausgrenzt und die Lohnunterschiede einebnet, und (iii) an einer unzureichenden Gründeraktivität auf den neuen Märkten für Güter und moderne Dienstleistungen. Wer den Sozialstaat in seiner Größe bewahren will, muß die Märkte mit Wachstumspotential deregulieren und/oder das Tariftkartell, das auf dem Arbeitsmarkt herrscht, der Mißbrauchsaufsicht des Kartellamtes unterstellen. Noch gibt es da in Kontinentaleuropa Tabus, die von der Wissenschaft bisher kaum angegangen worden sind. Dazu gehört das Märchen, ohne starke Gewerkschaften und ohne eine nivellierende Tarifpolitik gäbe es keinen sozialen Frieden. Auch dies ist ein Wesenszug des rheinischen Kapitalismus.

Marktversagen, Wissenschaftsversagen und Staatsversagen können, so zeigt es sich, für Wirtschaftskrisen verantwortlich gemacht werden. Was Krisen sind, haben wir früher umrissen. Für eine vorläufige Bilanz drängt sich nun ein bildhafter Vergleich auf: Wirtschaftskrisen sind, bezogen auf das ungebundene Wirtschaftsleben, Störungen im Verkehrsfluß – wie im Individualverkehr auf Straßen und Autobahnen. Nicht von ungefähr nannte man die Marktwirtschaft früher oft Verkehrswirtschaft. Im sozialistischen Planungssystem gleichen die Wirtschaftskrisen den Störungen im Schienenverkehr, also den kumulativen Verspätungen, die den Fahrgästen unzählige Stunden des Wartens aufbürden. Im marktwirtschaftlichen Prozeß der Selbstorganisation ähneln die Krisen den Staus und Auffahrunfällen, die immer wieder auf der Autobahn zu beobachten sind. Manchmal geht es schnell und zügig voran, manchmal findet selbst der Beobachter aus dem Hubschrauber keine Erklärung dafür, warum und wo die spontane Koordination der Fahrzeuge im Verkehrsstrom zum Stocken führte.

Manchmal erklärt sich das Stocken als Folge eines Spurwechsels weit vorne oder eines unbedachten Rasens zuvor. Parallel dazu ist in der Wachstumstheorie die Rede vom Strukturwandel und in der Konjunkturtheorie von Überinvestitionen als Folge einer stimulierenden Politik des billigen Geldes, wie sie die monetäre Konjunkturtheorie beschreibt. Man muß aber im Wirtschaftsverkehr wie auf der Straße in Betracht ziehen, daß die spontane Koordination der unzähligen Entscheidungen, die die Teilnehmer zu treffen haben, beeinträchtigt wird dadurch, daß nicht nur das zu beachten ist, was die anderen tun, sondern auch das, was die Behörden des Staates verlangen – mit ihren Geboten und Verboten und ihren oft überflüssigen Warnschildern und Polizeikontrollen.

## **X. Krisen als Herausforderung, Verstehen als Antwort**

Um Krisen zu vermeiden oder wenigstens schnell zu überwinden, ist die Hilfe professioneller Ökonomen fast unentbehrlich geworden. Märkte sind ja doch komplexe Formen der Selbstregulierung. Sie erzeugen Preisinformationen, die das Zusammenspiel transparent machen, aber auch irritieren können, indem sie zu extrapolierenden Erwartungen Anlaß geben. Optimistisches Parallelverhalten ist die eine Fehlentwicklung, ruinöse Konkurrenz die andere. Im ersten Falle handelt es sich um psychologische Ansteckung, im anderen Falle um einen Dominoeffekt. In beiden Fällen brauchen die Beteiligten Rat nicht nur als Information, sondern auch als Entscheidungshilfe zum Mitmachen oder Gegenhalten, zum antizyklischen Verhalten oder zur Orientierung am Trend. Um Verhaltensregeln zu verinnerlichen, muß man sie lernen und einüben. Das geht schneller, wenn man sie erklärt bekommt und als sinnvoll erkennt. Der nachdenkliche Mensch muß sie verstehen, sei es intuitiv, sei es verstandesmäßig.

Walter Adolf Jöhr hat 1973 in einer kleinen Schrift mit dem gleichnamigen Titel „Gespräche über Wissenschaftstheorie“ beschrieben oder zumindest nachgezeichnet. Sie wurden in St. Gallen geführt und lassen vermuten, er selber habe sich darin zu erkennen gegeben als ein Nationalökonom, der sich (auch) der Hermeneutik bedient, also der Methode des Verstehens. Dies ermutigt mich, den Vortrag in St. Gallen etwas zu ergänzen durch Anmerkungen, die entstanden sind in dem Bemühen, mein eigenes Verständnis

vom Verstehen in den Griff zu bekommen. Weil es zunächst darum geht, mir selber Klarheit zu verschaffen, gehe ich auf Jöhr und auf diese Schrift direkt nicht ein. Aber ich denke, daß Jöhr es begrüßt hätte, daß man sich einmal ganz unbefangen mit einem Vorgehen befaßt, das er mit mehr als Wohlwollen in Betracht zog. So liest man: „Wie es Sombart und Max Weber formuliert haben: Ein bestimmtes Geschehen versuchen wir, auf gewisse menschliche Motive als seine Ursachen zurückzuführen“ (S. 64). „Im weiteren haben wir gesehen ...., daß die Sozialwissenschaften auch der Erklärung durch Zurückführung eines Geschehens auf menschliche Motive bedürfen. Damit stießen wir auf die Kategorie des Verstehens und zugleich auch auf den Ansatz der Hermeneutik .... Der Ansatz der Hermeneutik stellt insofern eine wertvolle Ergänzung dar“ (S. 86).

Wirtschaftspolitik, so wird häufig gesagt, sei (auch) Psychologie. Was die Wirtschaftswissenschaft mit der Psychologie und anderen Sozialwissenschaften gemeinsam hat, ist die Möglichkeit, mit dem Untersuchungsobjekt zu reden. Den Naturwissenschaften (außerhalb der Humanmedizin) ist dies versagt. Der phänomenale Aufstieg der Naturwissenschaften in den letzten beiden Jahrhunderten hat die Ökonomen neidisch gemacht. Am liebsten wäre es einigen von uns, wir hätten dieselbe Dignität wie die Astrophysik. Diesem Wunschbild entspricht die Neoklassik.

Ein Marsbewohner, der das Leben auf diesem Planeten Erde zu erklären hätte und bei seinem Besuch nicht mit uns reden könnte, wäre nur Beobachter; er könnte nicht direkt fragen:

- Wer hat was getan und aus welchen Motiven?
- Warum hat man etwas verzögert oder unterlassen?
- Welche Kräfte waren es, die zum Tun oder Unterlassen drängten?
- Was war am Schluß ausschlaggebend?
- Warum hat wer welche Wirkungen falsch eingeschätzt?
- Welche Alternativen hat man erwogen, aber verworfen?
- Was wäre nach Meinung der Fachleute geschehen, wenn was besser gemacht worden wäre?
- Hat man sich etwas vorgemacht, auf falsche Beobachtungen und Theorien gestützt, Illusionen genährt oder genutzt?
- Wie weit war die Bevölkerung aufgeklärt, wie falsch oder richtig hat sie reagiert?

Neben den Kräften des Marktes gibt es zudem die Macht der Ideen, auch wenn diese (wie Keynes einmal sagte) von längst verstorbenen Ökonomen stammen. Sollte ihnen Einfluß zukommen, wovon ich überzeugt bin, so muß man ihnen suchend nachgehen und fragen, wieso in welchen Umständen welche Ideen und Ideologien Widerhall finden. Wir sollten das nutzen, was wir dem distanzierten Marsbeobachter voraus haben: das Verstehen und Kommunizieren.

Wenn die Zeit drängt, wie es in Krisen der Fall ist, wird man mehr fragen und hören wollen als reden, mehr reden als reflektieren, mehr reflektieren als modellieren. Eine Reise ins Krisengebiet zum befragenden Gedankenaustausch mit Sachkundigen, die ortskundig sind, und mit Ortskundigen, die der eigenen Sichtweise nicht fern stehen, kann kostbare Zeit ersparen. Es würden ja die Marsbewohner wohl auch gern die Erde inspizieren, statt sie nur auszumessen. Naturwissenschaftler machen aus der Not eine Tugend: Sie müssen sich auf das Messen konzentrieren. Aber es wäre unökonomisch zu sagen, was nicht meßbar ist, sei ohne Belang. Schätzen geht schneller als zählen; ein Sinn für Proportionen ersetzt den Taschenrechner; im Konflikt zwischen Eile und Präzision kann ein Verzicht auf Präzision lebensrettend sein. Wieviel Meß- und Rechenoperationen erspart sich ein Autofahrer, der erfahren ist und die Gefahrensituationen richtig interpretiert, deutet, versteht!

Eine neue Welle des Institutionalismus löst die Welle der Quantifizierung und Mathematisierung (Ökonometrie) ab. Eine Brücke zur Rechtswissenschaft wird geschlagen, die auch dieser Nachbardisziplin Impulse geben wird. Man geht über diese Brücke nicht mit Meßwerkzeugen und Logarithmentafeln, sondern mit Texten, die zu interpretieren sind, also zu deuten und zu verstehen. Da kommt es nicht auf Koeffizienten an, sondern auf Nuancen, auf Nuancen der Sprache. Es ist wie beim Übersetzen, das ein Übertragen ist, oder wie beim Dichten, das aus einem Verdichten besteht.

## Literaturverzeichnis

- Feldmann, Horst (1999). *Industrielle Freiheit als wirtschaftspolitisches Ziel. List Forum* Heft 1. Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Jöhr, Walter Adolf (1973). *Gespräche über Wissenschaftstheorie*. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- Jöhr, Walter Adolf und Hans Singer (1955). *The Role of the Economist as Official Advisor*. London: Allen & Unwin.
- Jöhr, Walter Adolf (1952). Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik in 2 Bänden. Band 2: *Die Konjunkturschwankungen*. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- Kasper, Wolfgang und Manfred E. Streit (1998). *Institutional Economics: Social Order and Public Policy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
- Mises, Ludwig von (1927). *Liberalismus*. Jena: Fischer.
- Richter, Rudolf und Eirik G. Furubotn (1999). *Neue Institutionenökonomik*. 2. Auflage. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1965). *Stabilisierung ohne Stagnation*. 2. Jahresgutachten. Stuttgart. Mainz: Kohlhammer.
- Shipman, Alan (1999). *The Market Revolution and its Limits: A price for everything*. London, New York: Routledge.